

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

9.7.1930 (No. 157)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,45 RM, einjährig 28,20 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. Samstag 15 Pf. — Anzeigenpreis: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Stellenblatt Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassensatt gilt und bevorzugt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antike Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Mindestium des Jucum berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontostunden fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsänderung, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unerlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Zweite juristische Prüfung im Späthjahr 1930

Der Beginn der diesjährigen Späthjahrsprüfung der Referendare ist für den Nachmittag des 5. November d. J. in Aussicht genommen. Anmeldungen zu dieser Prüfung sind in der vorgeschriebenen Form im Laufe des Monats September beim Justizministerium einzureichen.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage

in der Zeit vom 16. bis 30. Juni 1930
(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

Auf dem südwestdeutschen Arbeitsmarkt ist immer noch keine Wendung zur Besserung eingetreten. Es war zwar nochmals ein Rückgang in der Belastung des Gesamtmarktes zu verzeichnen; dem Umfang nach war die Entlastung jedoch ganz unbefriedigend. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern vorgemerkten Arbeitsuchenden betrug Ende Juni rund 187 000 Personen; sie liegt um 54 000 höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres und um 78 000 höher als im Jahre 1928. Die Mehrbelastung verteilt sich auf sämtliche Berufsgruppen, allerdings in absolut und relativ verschieden starkem Ausmaß.

Die geringe Entlastung der Unterstützungsanstaltungen, die in der zweiten Junihälfte nochmals eintrat, erstreckte sich wieder nur auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, die Ende Juni noch 85 000 Personen umfaßte. In der Vermehrung der Krisenunterstützten, die wieder um 400 Personen auf 18 200 ansteigen sind, zeigt sich die Ungunst der Lage besonders deutlich.

Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am 30. Juni 1930 folgender:

- In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 64 949 Personen (50 867 Männer, 14 082 Frauen), in der Krisenunterstützung 16 205 Personen (12 996 Männer, 3209 Frauen).
- Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel in der Zeit vom 16. bis 30. Juni um 1028 Personen oder um 1,25 v. G. von 82 182 Personen (65 085 Männer, 17 097 Frauen) auf 81 154 Personen (63 863 Männer, 17 291 Frauen); davon kamen auf Württemberg 26 885 gegen 27 358 bzw. 11 166, und auf Baden 54 269 gegen 54 824 bzw. 31 482 am 1. Juni 1930 bzw. am 30. Juni 1929.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 30. Juni 1930 auf 1000 Einwohner noch 16,1 Hauptunterstützungsempfänger gegen 16,3 am 1. Juni 1930 und 8,8 am 30. Juni 1929.

Die Entlastung der Arbeitsmarktlage war in der Berichtszeit hauptsächlich deswegen so gering, weil die Stille, welche die Landwirtschaft dem Arbeitsmarkt in der ersten Monatshälfte gegeben hatte, infolge Beendigung der Heuernte schon wieder wegfiel. Der bei den Arbeitsämtern angemeldete Bedarf für die Sommerarbeiten war nur gering. Etwas stärker war die Nachfrage nach Erbsenzupferinnen. Die Anmeldungen für die bevorstehende Getreideernte hielt sich noch in engen Grenzen.

Ein weiterer Grund für den schlechten Zustand des Arbeitsmarktes liegt in der recht unbefriedigenden Beschäftigung des Baugewerbes. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter schwankt in den einzelnen Bezirken zwischen 10 bis 30 v. G. der vorhandenen Bauarbeiter. Im südwestdeutschen Durchschnitt bewegt sich die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe jedoch unter dem Reichsdurchschnitt.

In der Industrie der Steine und Erden hat sich in der Berichtszeit keine Besserung der unbefriedigenden Beschäftigungslage gezeigt. Die Abnahme der Arbeitsuchenden war nur unbedeutend.

Eine etwas größere Entlastung des Arbeitsmarktes wurde im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe beobachtet. Bei der überaus günstigen Witterung konnte insbesondere Servierpersonal für Gartenwirtschaften häufig vermittelt werden. In den Kurorten des Schwarzwaldes und des Bodensees entsprach die Saison jedoch bisher nicht den gehegten Erwartungen, so daß bei den Arbeitsämtern noch ein großes Überangebot an männlichem und weiblichem Servier- und Kellnerpersonal zur Verfügung steht. An Köchinnen und Küchenmädchen allerdings besteht Mangel.

Sehr unbefriedigend war in der Berichtszeit wiederum die Entwicklung des industriellen Arbeitsmarktes. In der Metallindustrie scheint der Konjunkturerfall immer noch nicht zum Stillstand gekommen zu sein. Die Maschinenindustrie, die Motorenwerke, die Automobilindustrie und der landwirtschaftliche Maschinenbau haben wieder erhebliche Entlassungen vorgenommen und noch größere für die nächsten Wochen angefündigt. Die gedrückte Lage der Gummi- und Porzellanindustrie, die Metallindustrie hat sich nicht gebessert. Auch in der Uhrenindustrie ist die Beschäftigungslage sehr unbefriedigend.

In der Textilindustrie mehren sich die Anzeichen für eine Verschlechterung des Geschäftsganges, insbesondere in der südwestdeutschen Industrie nehmen in der Baumwollspinnerei und

Letzte Nachrichten

Die Lage in Berlin noch immer ungünstig Erneute Erklärung der Regierung an dem Deckungsplan festzuhalten

M. Berlin, 9. Juli (Priv.-Tel.) Die Reichsregierung wird noch einmal auf das Bestimmteste erklären, daß sie an ihrem Deckungsplan festhält. Damit werden alle Möglichkeiten, die gestern erörtert wurden, wonach die eine oder andere Steuer aus dem Plan herausgenommen werden soll, verflüchtigt. Nur Ergänzungen sind noch möglich. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Bürgerabgabe an die Kommunen, die gestern bei der Besprechung der Führer von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagen worden ist. Dagegen ist der weitere Wunsch der Deutschen Volkspartei, man solle die Einkommensteuereinzugsätze wieder beseitigen, unerfüllbar geworden. In den Mittagsstunden des Mittwoch tagt das Kabinett und am Nachmittag werden die in der Kabinettsitzung erörterten Punkte den Fraktionen vorgelegt. An sich ist die Lage nach wie vor äußerst ungünstig, da auch ein Teil der Wirtschaftspartei Widerstand leistet.

Dr. Scholz beim Reichskanzler

Die Forderungen der Deutschen Volkspartei

M. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning empfing vor der Parteiführerbesprechung den Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, hat der völksparteiliche Führer nochmals einige der Hauptforderungen der Deutschen Volkspartei vorgetragen, so den Wegfall des fünfprozentigen Einkommensteuereinzugsatzes und sein Ersatz durch Erhöhung der Abzüge am Haushalt um 50 Millionen Reichsmark. Ferner eine Änderung des § 169 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der von der unbefristeten Darlehenspflicht des Reiches für die Reichsanstalt handelt, in dem Sinne, daß die jeweils nötigen Summen nicht ohne weiteres als Darlehen gegeben, sondern in einem Nachtragshaushalt angeführt werden müßten. Der Reichskanzler hat sich gegenüber diesen Vorschlägen sehr zurückhaltend geäußert und auf die Stellungnahme der verschiedenen Fraktionen zu diesem Streitpunkt verwiesen.

Mit diesen Vorschlägen beschäftigten sich auch die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums.

Entsendung von Polizeitruppen wegen der Separatistenangriffe

M. Berlin, 9. Juli (Priv.-Tel.) Die Stadt Trier hat wegen der Vorkommnisse in den letzten Tagen um dringende Hilfe in Berlin nachgesucht. Die preussische Staatsregierung hat daraufhin sowohl nach Trier wie nach Wiesbaden und Koblenz Unterstützungsmannschaften der Polizei entsandt.

Weitere Separatistenverfolgungen in Trier

M. Trier, 9. Juli. (Tel.) Zu Annehmlichkeiten vor den Wohnungen angeblicher früherer Separatisten ist es auch in der letzten Nacht hier gekommen. In verschiedenen Straßen versuchten die Demonstranten, Wohnungen und Geschäfte anzugreifen. Bei Anbruch der Dämmerung erschien die Polizei mit Karabinern an mehreren Stellen der Stadt und zerstreute die Annehmlichkeiten, an denen sich insgesamt etwa 100 Personen beteiligt haben dürften. Einzelne Straßen wurden eine Zeitlang für jeden Verkehr gesperrt. Trotdem konnte die Polizei nicht verhindern, daß in einem Zigarrengeschäft und zwei anderen Säulern Fenster-scheiben eingeworfen wurden. Zwei junge Leute, die sich den Anordnungen der Polizei widersetzen, wurden verhaftet. Während die Polizei in der inneren Stadt für Ordnung sorgte, wurde auf die am Fuße des Marktes liegende Villa eines Zigarrenhändlers, der sich zurzeit nicht in Trier befindet, ein Überfall verübt. Die Lichtleuchten wurden durchgeschnitten und Fenster und Türen ausgehängt und zertrümmert. Das gleiche geschah mit den Möbeln in der Wohnung. Als die Polizei erschien, waren die Täter verschwunden.

weitere die Entlassungen immer größeren Umfang an, und auch in der Seidenindustrie scheint sich ein langsames Abwärtswenden der Verhältnisse abzuzeichnen.

In der Holzindustrie ist nach den übereinstimmenden Berichten der Arbeitsämter die Arbeitsmarktlage für Möbelschreiner in allen Bezirken nochmals schlechter geworden. Auch durch die Entlassungen im landwirtschaftlichen Maschinenbau und im Waggonbau wurde die Arbeitsmarktlage für Holzarbeiter ungünstig beeinflusst. Eine örtliche Belegung des Beschäftigungsbedarfes war nur im Karosseriebau festzustellen.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat der starke Bedarf der Konsumindustrie angehalten. Die davon ausgehende Belegung reichte aber kaum aus, die zunehmende Belastung des Arbeitsmarktes durch die badische Zigarrenindustrie wieder auszugleichen.

In der Bekleidungsindustrie hielt sich die saisonmäßige Verschlechterung der Beschäftigung des Schneidergewerbes noch in sehr engen Grenzen. Die Beschäftigung der Schuhindustrie war befriedigend, lediglich eine kleinere Schuh- und Sportartikelindustrie hat Entlassungen vorgenommen.

In den übrigen Berufs- und Gewerbegruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt auf die Entwicklung in der Berichtswoche nicht von Einfluß.

* Deutschland und Frankreich nach der Räumung

II. (Schluß)

Der Artikel, den Herr Sauerwein im „Matin“ über das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich veröffentlicht hat, ist erstaunlich genug. Denn er propagiert nicht mehr und nicht weniger als die Idee einer deutsch-französischen Entente. Man muß gestehen, daß Herr Sauerwein gleich sehr gründlich vorgeht. Bei seinem Vorschlag hat er offenbar die Tatsache, daß gerade in diesen Tagen die nationalistische Presse in Paris wegen der Separatistenverfolgungen Deutschland in der gebührendsten Weise angriff, vollkommen ignoriert. Denn sonst würde er sich vielleicht gefragt haben, ob dieses mißtönende Konzert nicht gleich von Anfang an seine Idee etwas diskreditieren könnte.

Nun, die Separatistenangelegenheit ist ja inzwischen amtlich erledigt worden, und wir können sie zu den Akten legen. Was aber den französischen Nationalismus betrifft, so ist er nun einmal so, wie er ist, und muß so konsumiert werden. An und für sich braucht dieser Nationalismus eine vernünftige Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht für immer zu verhindern.

Sauerwein begründet die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Entente zunächst mit dem Interesse, das Deutschland an dieser Entente haben müßte. Frankreich sei der beste Bundesgenosse für Deutschland, da es im Kriegsfall ein erstklassiges Heer aufstellen könne und die unbedingte Herrschaft über alle möglichen Rohmaterialien und Finanzquellen besitze. Frankreich würde Deutschland folgendes zu bieten haben: finanziellen Beistand, Erleichterung der Reparationslasten durch ein freundschaftliches Übereinkommen mit Amerika, Aufhebung der Entwaffnungsbestimmungen und Rückkehr zu einer Militärpolitik, die der Machtstellung eines großen Volkes würdig ist, und Wiederherstellung des Zusammenhanges mit Ostpreußen im Rahmen des Durchführbaren. Schließlich werde Frankreich auch einen Teil der deutschen Arbeitslosen beschäftigen können.

Das politische Leben ist gewiß reich an Überraschungen. Aber auf eine solche Überraschung, wie diese Vorschläge, wird man in Deutschland doch wohl nicht vorbereitet gewesen sein. Natürlich sind es die Vorschläge eines Privatmanns. Aber sie erscheinen in einem der größten Blätter Frankreichs und sind publiziert worden von einem Mann, der zu den Vertrauenspersonen Briands zählt. Als ein Versuchsballon ist der Artikel wohl unter allen Umständen zu bewerten. Leider sagt er nicht, was nun Deutschland zu leisten hätte. Aber wer die Politik des letzten Jahres aufmerksam verfolgt hat, der weiß auch ohne weitere Rückfragen ganz genau, was Frankreich von Deutschland erwartet. Nämlich: die Eingliederung Deutschlands in ein unter Frankreichs Oberleitung stehendes europäisches Staatensystem unter entscheidender Abgabe an ein etwaiges Zusammengehen mit Italien!

Wir haben neulich schon in einer Besprechung der Ban-europäischer Briands die Leitgedanken der französischen Außenpolitik dahin charakterisiert, daß Paris vor allem eine Rückdeckung gegen Italien wünscht und alles nur Menschennögliche versuchen will, um sich seine Beute aus dem Weltkrieg zu sichern. Offenbar spielt dabei die Sicherung der Beute Deutschland gegenüber nicht mehr eine so große Rolle wie die Sicherung der Beute Italien gegenüber. Denn Italien ist in Wahrheit der große Konkurrent Frankreichs im Mittelmeer und in den Randgebieten des Mittelmeeres.

Die französische Außenpolitik hat zunächst versucht, durch das Mattenfängerlied von der Idee einer europäischen Union Italien an die Kette legen zu können. In Paris gibt man sich keinem Zweifel mehr hin, daß Mussolini diese Idee ablehnt. Seine auch von uns neulich veröffentlichten Ausführungen waren klar und deutlich genug, und auch die offizielle Antwort der italienischen Regierung auf die Denkschrift Briands kann bei aller Höflichkeit und bei aller scheinbaren Zustimmung im Prinzip die Tatsache nicht verhehlen, daß Italien die Idee der europäischen Union innerlich verwirft. Tatsächlich erfolgt diese Verwerfung in der Weise, daß man Bedingungen aufstellt (Einladung Moskaus und Angoras zur europäischen Union und vollkommene Abrüstung), von denen jedes Kind sich sagen muß, daß ihre Erfül-

lung für Frankreich unmöglich ist. Frankreich will und wird nicht abtreten. Und Italien wird eines Tages diese Tatsache feststellen und daraus auch für sich das Recht auf gleichwertige Rüstungen ableiten.

Der Artikel Sauerweins bedeutet eigentlich nichts anderes als die französische Verabschiedung der Abrüstungsdeklaration. Und er zieht die für Deutschland einzig mögliche Schlussfolgerung daraus, indem er Deutschland die Erlaubnis in Aussicht stellt, sich demnächst auch ein seiner Großmachtstellung entsprechendes Heer zuzulegen. Aber Deutschland soll dafür seinen Preis zahlen. Es soll Italien abzwängen und sich in das Fahrwasser der französischen Politik begeben. Herr Sauerwein ist großmütig. Er schenkt uns dafür nicht nur die Streichung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages, sondern auch eine Reduzierung der Reparationslasten, finanziellen und wirtschaftlichen Bestand — was am verlockendsten erscheint — eine neue Grenzregulierung im Osten, d. h. Beseitigung des polnischen Korridors. Das ist gewiß nicht wenig, und zumal Warschau wird sich über die Generosität des Herrn Sauerwein einigermassen wundern.

Richtig ist das eine, daß alle diese „Geschenke“ des Herrn Sauerwein genau das enthalten, was den Kern unserer ganzen Außenpolitik ausmacht. Und eine jede deutsche Regierung ist verpflichtet, solche Anerbietungen sorgsam zu prüfen. Es fragt sich nur, wie hoch der Preis ist, den wir dafür zu zahlen haben. Immerhin zeigt der Artikel Sauerweins, daß für Deutschland nunmehr die Periode einer fast ganz auf Passivität beschränkten Außenpolitik vorüber ist, und daß wir wieder langsam anfangen, die Rolle einer Macht zu spielen, deren Unterstützung je nachdem begehrt oder gefürchtet werden kann.

Die Arbeitsmarktlage im Reich Zunahme der Krisenunterstützten

W.D. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat in der Zeit vom 16. bis 30. Juni zwar noch um rund 86 000 — stärker als im gleichen Zeitpunkt früherer Jahre, aber weniger als in der ersten Junihälfte — abgenommen. Im Gesamtbild zeigt sich jedoch, daß die verzögerte diesjährige Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes als vorläufig beendet anzusehen ist. Dafür sprechen besonders die umfangreichen Aussteuerungen und die ständige weitere Zunahme der Zahl der Krisenunterstützten.

Nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter gab es am 30. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 408 886, in der Krisenunterstützung 364 593 Hauptunterstützungsempfänger. Bei einer Gesamtzahl von rund 1 838 000 Unterstützten ist die Überlagerung gegenüber dem Vorjahre, die rund 900 000 Köpfe betrug, nicht weiter angewachsen.

Einschließlich eines gewissen Bestandteiles nicht voll leistungsfähiger Arbeitskräfte wurden am 30. Juni bei den Arbeitsämtern rund 2 690 000 verfügbare Arbeitssuchende gezählt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

W.D. Berlin, 9. Juli. (Tel.) Der Verkehrsausschuß des Reichstages befaßte sich mit verschiedenen Anträgen, die die Durchführung des Baues verschiedener Eisenbahnlinien zum Ziele haben und die außerdem sich mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn befassen.

Reichsverkehrsminister v. Gumbert erklärte dazu: Der Bau neuer Linien ist vollkommen von der finanziellen Lage des Reiches wie der Reichsbahn abhängig. Es fragt sich, inwieweit die Einrichtung von Kraftfahrwegen finanziell und verkehrstechnisch dem Bau neuer Eisenbahnlinien vorzuziehen ist. Was die Forderung anlangt, den Eisenbahnbau mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu finanzieren, so muß man bedenken, daß hierfür im Etat nur 45 Millionen stehen, von denen ein Teil bereits für andere Zwecke, z. B. für die Siedlungstätigkeit, in Anspruch genommen ist. Am dringlichsten ist aber der Bau von 11 Bahnlücken im Grenzgebiet.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat sich bereit erklärt, sich mit 350 Mill. Reichsmark an dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu beteiligen. — Was die Höhe der Gehälter der leitenden Beamten der Reichsbahn anlangt, so erklärte der Minister, daß er sich mit der Bitte um Auskunft an die Reichsbahn gewandt habe, und daß er in öffentlicher Rede darauf zurückkommen werde, sobald er die Antwort erhalten habe. Schon jetzt könne er sagen, daß diese Gehälter ein Vielfaches von den Gehältern der höchsten Reichsbeamten betragen, wodurch beispielsweise der an sich gewünschte Austausch von Beamten des Reichsverkehrsministeriums mit solchen der Reichsbahn sehr erschwert habe. Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichsbahn seien bereits wesentlich herabgesetzt.

Ein preussisches Sparprogramm. Entsprechend dem vom preussischen Landtag angenommenen Antrage, der verbriefte Sparmaßnahmen fordert, bereitet die preussische Staatsregierung, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, ein großes Sparprogramm vor, das im Herbst dem Parlament als Gesetz vorgelegt werden soll. Wie verlautet, sieht das Programm u. a. die Aufhebung von rund 100 Amtsgerichten und einigen Landgerichten vor. Außerdem sollen etwa 50 Landkreise und 3 Regierungspräsidien aufgehoben werden.

„Graf Zeppelin“ ist in der Nacht zum Mittwoch um 12,05 Uhr zur Nordlandfahrt aufgefliegen. Zu dieser Fahrt, an der 20 Passagiere teilnehmen, ist das Luftschiff vom Schweizerischen Automobilklub gechartert worden. Die Landung in Friedrichshafen dürfte Freitag Abend oder Samstag früh erfolgen.

In dem Lohnkonflikt zwischen der Belegschaft und der Betriebsleitung der Siemens-Schubert-Werke ist es zu einer Einigung gekommen. Eine Belegschaftsversammlung beschloß die Arbeit am 9. Juli wieder aufzunehmen.

Keine Schadenersatzforderungen wegen der Separatistenumruhen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind bei der Unterhaltung des französischen Vorkämpfers in Berlin, de Margerie, mit Reichsaussenminister Dr. Curtius keine Schadenersatzforderungen wegen der Separatistenumruhen im Rheinland angemeldet worden.

Zusammenstöße in Bremen. Im Laufe des Sonntags kam es anlässlich des Stahlhelmwerdemarsches wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei. Zahlreiche Personen wurden festgenommen. Polizisten u. Kommunisten wurden verletzt. Berittene Polizei ging mit der blanken Waffe vor.

Aus dem Reichstag

Im Reichstag wurde am Dienstag die Aussprache über die Deckungsvorlagen der neuen Regierung fortgesetzt, obwohl am Montag die erste Beratung nach drei Oppositionsreden geschlossen worden war. Da der Haushalt des Reichsfinanzministeriums zur Beratung stand und da der Reichsfinanzminister doch schließlich der Vater der Deckungsvorlage ist, konnte das Thema fortgesprochen werden. Es sprachen Vertreter der hinter der Regierung stehenden Parteien. Der demokratische Abg. Dr. Reinhold, Fraktionsgenosse des Reichsfinanzministers, erklärte, die demokratische Fraktion stehe den Deckungsvorschlägen „außerordentlich kühl“ gegenüber. Er bedauerte besonders, daß die Regierung sich wiederum mit provisorischen Notmaßnahmen behelfe, und nicht ein organisches Programm der Finanz- und Reichsreform vorlege. Die Stellungnahme der Wirtschaftspartei, für die Abg. Colster sprach, war nur wenige Grade wärmer, die der Deutschen Volkspartei, vertreten durch den Abg. Dr. Gremer, noch einige Grade kühler als die der Demokraten. Die Christlich-nationale Bauernpartei, die den Abg. v. Seydel als Redner vorgeschickt hatte, verhielt sich zum Deckungsprogramm nicht geradezu ablehnend, kritisierte aber mit größter Härte die allgemeine Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Einigen waren alle Redner der Sitzung darin, daß das Deckungsprogramm nur mit parlamentarischen Mitteln durchgeführt werden dürfe, einig waren auch alle in dem Ruf nach größerer Sparsamkeit.

Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurden das Hilfsgesetz und das Gesetz über die Ablosungsart angenommen.

Die Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler

In der am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning abgehaltenen Besprechung mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde das Deckungsprogramm auf das eingehendste erörtert, wobei die Parteien zur Ergänzung dieses Programmes Anregungen vorbrachten. Über diese Anregungen wird das Reichskabinett Mittwoch nachmittags seine Entscheidung treffen und alsdann die Fraktionen zur endgültigen Stellungnahme darüber auffordern.

Das Milchgesetz im Reichstagsauschuß

Der Reichstagsauschuß für Volkswirtschaft begann am Dienstag die zweite Beratung des Milchgesetzes. Zum § 14 beantragten die Sozialdemokraten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, welche den Verkauf der Flaschenmilch von der Konzeptionierung freilassen wollte. — Der Antrag wurde jedoch mit Mehrheit abgelehnt. — Zum § 19 wurde ein kommunisistischer Zusatzantrag angenommen, wonach der Milchsaft in Kantinen, Milchhäusem usw. auch nach dem gesetzlichen Ladenschluß und an Sonn- und Feiertagen erfolgen darf.

Minister Bernot über die Auslegung der Saarverhandlungen Der französische Standpunkt

W.D. Paris, 9. Juli. (Tel.) Der Führer der französischen Delegation für die Saarverhandlungen, Minister für öffentliche Arbeiten Bernot, hat Pressevertretern gegenüber über den französischen Standpunkt in der Saarfrage u. a. folgendes erklärt:

Die gewissenhaft und in einer stets gleichbleibenden herzlichen Atmosphäre geleistete Arbeit der beiden Unterausschüsse hat bereits eine genaue Umreißung der aufgeworfenen Probleme ermöglicht und für beide Teile günstige Lösungen in Erscheinung treten lassen. Aber die Besprechungen haben ernste Meinungsverschiedenheiten über Punkte ergeben, die von beiden Regierungen für wesentlich gehalten werden. Deutschland, das so schnell wie möglich wieder volle Souveränität über das Saargebiet zu erhalten wünscht, hat von Frankreich verlangt, daß die im Versailles Vertrag vorgegebene Frist abgeändert wird und erklärte sich als Austausch für diese Konzession zu gewissen Angeboten bereit. Frankreich willigte ein, Verhandlungen zu eröffnen unter der Bedingung, daß ihr Gegenstand rein wirtschaftlicher Art sei, und daß die politischen Rechte der Saarbevölkerung aus dem Vertrag gewahrt bleiben müßten.

Die französische Delegation mußte bei Gegenüberstellung der Standpunkte beider Delegationen feststellen, daß die Meinungsverschiedenheiten sich nicht nur auf die Grubenfrage oder das Handelsregime erstreckte, sondern auch zwei verschiedene Auffassungen zutage treten ließen, eine, die die deutsch-französische Zusammenarbeit einbegreift und eine andere, die sie ausschließt. Im beiden Regierungen unter Jugenddelegation der Kommissionsberatungen eine Annäherung ihrer Auffassungen zu ermöglichen, haben die Delegationsführer es für opportun erachtet, die Verhandlungen aussetzen. Die Einstellung Frankreichs hat sich nicht geändert. Ein positives Ergebnis wäre zweifellos leichter erreicht worden, wenn Deutschland dem Geist der Zusammenarbeit, von dem Stresemann Initiative inspiriert war, treu geblieben wäre.

Die neuen französischen Verteidigungskredite

W.D. Paris, 9. Juli. (Tel.) Die offizielle Mitteilung über die für die nationale Verteidigung von der Regierung angeforderten neuen Kredite spricht von 650 Mill. Franken. Aber die Interpretierung der gegebenen Ziffern scheint jedoch Meinungsverschiedenheiten zu betreffen, denn ein Teil der Presse behauptet, daß außer diesen 650 Millionen noch weitere 476 Millionen, insgesamt also 1 126 Millionen, angefordert würden. Bei den 476 Mill. es sich um 320 Millionen für das Kriegsministerium handeln, und zwar 230 Millionen für die Artillerie, 75 Millionen für die technischen Truppen, 5 Millionen für die Militärrentendatur und 10 Millionen für die Militärmagazine, außerdem um 56 Millionen für die Marine und um 100 Millionen für das Luftfahrwesen.

Wie der sozialistische „Peuple“ antündigt, sieht sich die sozialistische Kammerfraktion durch die Unklarheit über die Höhe der tatsächlich angeforderten Kredite veranlaßt, eine Beratung abzuhalten. Sie beabsichtigt, von der Regierung Aufklärung darüber zu fordern.

Julius Hart 7. Julius Hart, der aus dem Kreise um Gerhart Hauptmann und Arno Holz bekannte Dichter und Kritiker, ist in seinem Geburtsort Heim an den Folgen einer Grippekrankung im Alter von 71 Jahren gestorben.

Im Bayreuther Prozeß wegen Ermordung der Frau des Kommerzienrats Neuhöfer wurde Schubert zu 6 Jahren Zuchthaus, Ropp zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Auf Einladung eines Berliner Ausschusses werden im Laufe der nächsten Woche Vertreter der Lübecker Elternschaft in einer Besprechung in Berlin neues Material gegen die Lübecker Gesundheitsbehörden bekanntgeben. Man macht den Gesundheitsbehörden den Vorwurf, daß sie über das wirkliche Befinden der erkrankten Kinder allzu optimistische Berichte herausgegeben haben. Um die restlose Aufklärung und Verfolgung der Verantwortlichen zu erreichen, soll auch das preussische Innenministerium angerufen werden.

Badischer Teil

Staatspräsident Dr. Schmitt über die deutsch-französischen Beziehungen

Aber eine Unterredung, die der Vertreter der „Straßburger Neueste Nachrichten“ mit dem Staatspräsidenten hatte, wird in diesem Blatte berichtet:

„Nach dieser Feier hatte der badische Staatspräsident, Herr Dr. Schmitt, die Güte, Ihren Berichterstatter im Amtszimmer des Bürgermeisters und in Anwesenheit des Herrn Landrats Schindele zu empfangen. Der Herr Staatspräsident ist ein guter Kenner unseres Landes, war er doch während 36 Monaten als Adjutant in den französischen Bogesen, woselbst er auch das Vertrauen der französischen Behörden sich erworben hatte.“

Der Staatspräsident bemerkte:

„Ich habe meine heutige Rede mit dem Verständigungsgedanken begonnen und damit beschlossen“, sagte er mir. „Nichts ist notwendiger als Verständigung. Es geht eben nicht anders, und hüben und drüben wird man das erkennen müssen.“

Das französische Volk wird verstehen, daß uns diese 12 Jahre der Besetzung reichlich lang vorgekommen sind, und ich glaube auch, daß man jenseits des Rheines Verständnis für unsere Freude und für die Launeitheit unserer Freude empfindet.

Sie werden ja selbst die Feststellung gemacht haben, daß das Volk der Alemannen seiner Freude nicht so explosiv Ausdruck geben kann, wie man das vielleicht für die heutige Stunde der Befreiung hätte erwarten können. Das ist aber gerade die Art der Alemannen: Langsam und besonnen, nicht wie der Rheinländer und der Pfälzer, der seiner Freude lebhaften Ausdruck zu geben versteht.

Nachdem wir nun die Freiheit erlangt haben — zwar läßt sich noch vieles zu wünschen übrig, wie ich dies in meiner Rede ausgeführt habe —, wollen wir doch wieder vorausschreiten in unserer Aufbauarbeit, und man wird es gut verstehen, daß wir uns dabei in erster Linie als Deutsche fühlen.

Es liegt ja heute in der Tendenz der ganzen Welt, das Nationalbewußtsein zu steigern, insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet, wenn auch dieses Nationalbewußtsein da und dort als Folge des Krieges übertrieben wird. Auch die Selbstständigkeitsbestrebungen der asiatischen Völker kommen heute stärker zur Geltung, als wir es uns vorgestellt hatten.

Über den Völkerverbund kann ich Ihnen sagen — und meine Zugehörigkeit zur Zentrumspartei erklärt Ihnen meine Ansicht —, daß ich mich freue, daß er mehr und mehr neben dem nationalen Bewußtsein der Völker, sich zu einer über den Völkern stehenden Autorität ausbildet. Trotzdem möchten wir uns, nicht minder als andere Völker, als Deutsche fühlen, unsere Ehre gewahrt wissen, unseren Bestand als Nation geachtet, so wie wir auch die Ehre der anderen Nationen achten.

Völker können sich nur verständigen, wenn sie sich gegenseitig achten. Wir haben im Laufe der Jahre Beispiele französischer Entgegenkommens erlebt; ich denke an die „Zeppelein“-Landung bei Toulon. Das berechtigt zur Hoffnung, auf künftiges, gutes Einvernehmen in großen Fragen der Politik.

In meiner Eigenschaft als Finanzminister von Baden möchte ich Ihnen noch sagen, wie groß die Not in unserem Land ist, ich denke insbesondere an die Not der Gemeinden durch das geradezu schreckliche Problem der Erwerbslosenfürsorge. Daher denke ich auch mit Besorgnis an die Laufen des Youngplans, und ohne heute auf Details einzugehen, frage ich mich mit begründetem Zweifel, ob wir sie dauernd wirklich tragen können, wobei an unserem gemäß guten Willen man nicht zweifeln sollte.

Das badische Volk begrüßt aufrichtig die Befreiung von fremder Besetzung und denkt, daß das französische Volk an seinem guten Willen zur Verständigung nicht zweifeln dürfte. Es geht eben nicht anders: Wir müssen uns verstehen. Nach lauten auch Fragen, wie das Kriegsschuldenproblem, auf uns, um so mehr, als gewisse politische Parteien darin ein Haupthindernis sehen in der Harmonie unserer beiden Völker. Ich denke aber, daß die Franzosen klug genug sind, zu wissen, daß es uns an dem ehrlichen Willen zu einer Verständigung nicht fehlt, und auf diesen guten Willen auf beiden Seiten kommt es schließlich und endlich doch an.“

Dazu führt das elsässische Blatt aus:

„Die offenherzige Erklärung des badischen Staatspräsidenten, die wir ungefähr zum Abdruck bringen, wird jedenfalls in Frankreich mehr Eindruck erwecken, als die bedauerlichen nationalistischen Kundgebungen im Rheinland, die dieser Tage auch den ehrlichen Friedensfreund bedenklich stimmen mußten. . .“

Eine Erklärung Dr. Wirths

Die „Straßburger Neueste Nachrichten“ melden: Wir hatten Gelegenheit, Reichsminister Dr. Wirth vor seiner Abreise noch zu sprechen, der über seine Eindrücke über die Reher Befreiungsfeier mit Hinblick auf das nahe Straßburg für die „Neuesten Nachrichten“ uns folgendes zu sagen ermächtigte:

„Meine Eindrücke wollen Sie wissen? Wie ich schon in meiner Rede gesagt habe, bin ich tief befriedigt. Es ist alles friedlich zugegangen und so soll es auch immer bleiben. Hier wohnen Alemannen und jenseits des Rheines wohnen Alemannen: die Elsässer in ihrer besonderen Eigenart. Diese Nachbarn verstehen sich und der Elsässer ist glücklich, zu konstatieren, daß vor den Toren Straßburgs ein Volk lebt, welches in friedlicher Arbeit den Reichsgedanken hochschafft, mit der gleichen Liebe und Hingebung, wie Ihre Landsleute drüben für ihren Staat, für Frankreich, schaffen. Das ungefähr sind meine Eindrücke, und so bitte ich Sie, es drüben zu sagen.“

Tagung des Landesverbandes deutscher Krankenkassenbeamten und -angestellten

Am Sonntag hielt der Landesverband Baden im Bunde deutscher Krankenkassenbeamten und Angestellten in Billingen seine zweite Hauptversammlung ab, unter der Leitung des Landesvorsitzenden, Obersekretär Ropp, Märzhausen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 244. Innerhalb des Landesverbandes bestehen vier Bezirksgruppen, nämlich Oberbaden, Seelreis, Mittelbaden und Nordbaden. Bei den badischen Ortskrankenkassen waren nach einer Statistik im Jahre 1928 im ganzen 741 Angestellte beschäftigt. Bei der Badischen Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte sind insgesamt 577 Krankenkassenangestellte verlistet. Der Krankenbericht wurde genehmigt. Der Vorsitzende des hayerischen Landesverbandes, Ebert, Starnberg, hielt einen Vortrag über die Dienstrechtsfrage. Die nächstjährige Tagung wird in Oberkirch abgehalten.

Die Gendarmerie im besetzten Gauverland

Wohl kaum ein anderer Stand wird, nachdem die französische Besetzung abgezogen ist, bestreiter aufatmen als die Gendarmeriebeamten. In der „Kehler Zeitung“ wird ausführlich die Tätigkeit der Gendarmerie nach der Besetzung geschildert, die beim Einzug der Franzosen, einschließlich des Führers, aus fünf Beamten bestand. Obwohl es der Gendarmerie recht schwer fiel, sich damals in die geschaffene Lage einzuordnen und den scharfen Anordnungen der Besatzungsbehörden nachzukommen, hat sie sich tapfer gehalten. Im August 1919 wurde der damalige Gendarmeriebezirksführer, Oberwachmeister Göhler, von der französischen Gendarmerie verhaftet. Da ihm irgendein Verstoß nicht nachgewiesen werden konnte, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt, aber sofort ausgewiesen. Festnahme oder Ausweisung schmehte beständig über dem Haupte eines jeden Gendarmeriebeamten. Bis zum Abzug der Franzosen erhielt der Gendarmerieführer wöchentlich von der französischen Gendarmerie einen Dienstzettel, worin bestimmt war, wann ein badischer Gendarmeriebeamter mit der französischen Gendarmerie gemeinsame Streifen auszuführen hatte. Erhebungen, die sich gegen die Interessen der Besatzung richteten, durften von den deutschen Gendarmeriebeamten nicht gemacht werden. Das Tragen der Karabiner und Helme durch die Gendarmeriebeamten erregte Anstoß und mußte unterbleiben. Gegen Besatzungsangehörige war die badische Gendarmerie machtlos; es fiel denn, daß ein Besatzungsangehöriger auf freier Tat und bei Begehung eines Verbrechens betroffen wurde. Das Spielzeug spielte eine große Rolle. Die Gendarmeriebeamten wurden auf Schritt und Tritt beobachtet. Im Laufe der Jahre, vor allem durch die umfangreiche Personen- und Sachkontrolle, hat sich die Arbeit der deutschen Gendarmerie so vermehrt, daß die Zahl der Gendarmeriebeamten des Kehler Bezirks bis auf 23 erhöht wurde. Bei der Befreiungsfeier in der Nacht zum 1. Juli wurde sowohl von Landrat Schindler als auch von Bürgermeister Dr. Lutzmer der Gendarmerie Anerkennung für ihre Tätigkeit während der Besatzungszeit ausgesprochen.

Vollversammlung der Handelskammer Schopfheim

Unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Kommerzienrat Garnier, hielt die Vollversammlung der Handelskammer für die Kreise Lörrach und Waldshut am 1. Juli in Lörrach ihre diesjährige Sommertagung ab. Die Vollversammlung stimmte der Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft der oberbadischen Handelskammern zu. Die ledige Frage der mährischen Warenzufuhr im Kleinen Grenzverkehr wird erneut behandelt, wobei es sich zeigte, daß wohl eine Regelung gefunden werden kann, die sowohl die berechtigten Interessen der Konsumentschaft wie des deutschen Einzelhandels und der deutschen Produktion genügend berücksichtigt.

Die Versammlung nahm sodann ausführlich Stellung zu der vom Herrn Unterrichtsminister gegebenen Anregung zum Ausbau der Volksschulen. Die Versammlung warnt vor unerprobten Neuerungen, die eine wesentliche finanzielle Belastung bringen würden, sie hält eine Schulreform ebenfalls für notwendig, glaubt aber deren Ziel nicht in der Erweiterung, sondern in der Vertiefung des Volksschulunterrichts zum Zwecke der Vervollständigung des Elementarwissens sehen zu müssen. Der übermäßigen und zweifellos gefährlichen, weder mit der deutschen finanziellen Leistungsfähigkeit noch mit dem sachlich begründeten Bildungsbedürfnis zu vereinbarenden Ausweitung des höheren Schulwesens zu feuern, hält die Versammlung nur für möglich, wenn das Berechtigtenwesen zurückgedämmt, die Berufsberatung und Eignungsfeststellung systematisch angeordnet und von den höheren Schulen ein scharfes Ausleseverfahren durchgeführt wird.

Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Schopfheim hat in seiner Sitzung vom 7. Juni 1930 eine Entscheidung gefaßt, die von der Vollversammlung vom 1. Juli 1930 gutgeheißen wurde, und in der es u. a. heißt: Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Schopfheim verweist auf die unlösliche Verflechtung der Interessen von Industrie und Handel, deren notwendige Folge gemeinsame Vertretung beider Gruppen in enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme sein muß. Die enge Zusammengehörigkeit von Industrie und Handel muß in den betriebswirtschaftlichen Maßnahmen der Unternehmer beider Gruppen ihre gewollte Auswirkung in Form der Berücksichtigung gegenseitiger Interessen finden. Für den Einzelhandel ergibt sich nach Ansicht des Ausschusses die Pflicht, den Verbrauch deutscher Industrieerzeugnisse nach Möglichkeit zu fördern. Der Einfluß, den der Einzelhandel in der Verkaufsberatung auf die Entwicklung der Geschmacksrichtung der Konsumentschaft nehmen kann, mußte zielbewußt zugunsten des Verbrauches deutscher industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse eingesetzt werden. Eine weitere Aufgabe von entscheidender Wichtigkeit ist die Mitarbeit des Einzelhandels in den zur Rettung unserer Gesamtwirtschaft neuerdings eingeleiteten Bemühungen, durch Preisverbilligung zu einer Steigerung des Absatzes und zur Verringerung der Erzeugerlosausfälle zu gelangen.

Safnermeistertagung

Der Landesverband Badischer Safnermeister E. B. hielt in Freiburg seinen 23. Verbandstag ab, der aus allen Teilen des Landes gut besucht war. Die Hauptversammlung galt den aktuellen Gegenwartsfragen des Verbandes und zeigte, wie schwer auch das Safnergewerbe unter der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not zu leiden hat. Der Vorsitzende Schaal (Freiburg) begrüßte u. a. Dr. Edert von der Handwerkskammer Freiburg, Direktor Stöckle (Freiburg) als Vertreter des Bad. Kultusministeriums und Landesgewerbeamtes, ferner vom Hauptverband, der seinen Sitz in München hat, Direktor und Gewerberat Eder. Zugewogen waren auch zwei Delegierte des Mittelmündigen Landesverbandes; vom Schweizerischen Safnermeisterverband lag ein Begrüßungstelegramm vor. Das Überhandnehmen der Zentralheizungsanlagen auch beim Kleinwohnungsbau trage nicht zuletzt dazu bei, daß das Gewerbe immer mehr in Rückstand komme. Besonders schwer geschädigt seien die Betriebe von Mittelbaden aufwärts.

Der Vorsitzende gab von einigen Anträgen Kenntnis, die sich auf eine einheitliche Regelung der Prüfungsangelegenheiten beziehen und betonte, daß man die Prüfungen auf die Höhe bringen müsse, wie es die heutige Zeit verlange. Zum Schluß legte der Vorsitzende der Versammlung eine Entschließung vor, in der der Verband an alle Reichs-, Landes- und kommunalbehörden und an die mit der Vergebung von Heiz- und Kachelheizungen betrauten Stellen das dringende Ersuchen, den Erzeugnissen des Safnergewerbes, vor allem den Kachelöfen, den berechtigten Vorrang zu geben.

Das Hauptreferat hielt Gewerberat Eder (München), der ein umfassendes Bild von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Safnergewerbes gab.

Aus der Landeshauptstadt

Der Badener Heimattag

Kunstausstellung „Das badische Kunstschaffen“

Am Samstag, dem 12. Juli, vormittags 11.30 Uhr, wird in der Städtischen Ausstellungshalle, gleichzeitig mit drei anderen Ausstellungen, die Kunstausstellung „Das badische Kunstschaffen“ eröffnet. Ausgestellt haben nur Künstler, die in Baden leben. Man schreibt uns dazu: Dem Titel der Ausstellung entsprechend wurde versucht, alle künstlerischen Bestrebungen und Persönlichkeiten auf dem Gebiete der Malerei und Plastik zu zeigen, die heute noch Anspruch auf Beachtung verdienen. Soweit es diejenigen Bestrebungen und Persönlichkeiten betrifft, die noch auf dem Boden der Tradition stehen, sind alle jene lückenlos vertreten, die mit offenen Augen lebendig unsere Zeit erleben und bildlich darzustellen vermögen, zum Teil mit bedeutenden Werken. Die bestehenden schwierigen Verhältnisse verlangten Konzeptionen, die nicht zu umgehen waren. Leider konnte die Vollständigkeit derjenigen Persönlichkeiten, die auf kunstrevolutionärem Boden stehen, nicht erreicht werden, aus dem einfachen Grunde, weil sie sich selbst ausgeschaltet haben. Gründe, wie sie leider in die Öffentlichkeit gedrungen sind, waren dabei bestimmt nicht maßgebend. Wer aber die revolutionären Bestrebungen in der bildenden Kunst verfolgen will, hat trotzdem genügend Gelegenheit. Wer nun glaubt, ausgesprochen „Badische Kunst“ zu finden, wird etwas enttäuscht sein. Man könnte vielleicht eine stark konservative Linie als „Badisch“ feststellen. Gemessen an dem Schaffen anderer deutscher Kunststädte ist die Zahl und Güte solcher Werke in der Tat bedeutend. Diejenigen Persönlichkeiten aber, die über den Durchschnitt hinausragen, sind deutsche Künstler im wahren Sinne des Wortes. Daß es bei oben genannter Festschau nicht möglich war, eine sogenannte einheitliche (d. h. einseitige) Ausstellung zusammenzubringen, ist ganz klar. Abgesehen davon, daß dies die Ausstellungsleitung auch nicht wollte, würde eine solche eine Fälschung des „Badischen Kunstschaffens“ bedeuten.

Sängerkommers im Rahmen des „Badener Heimattages“

Die Karlsruher Männergesangsvereine „Niedertranz“ und „Concordia“ haben für Sonntag, dem 13. Juli, 20.30 Uhr, die ihnen befreundeten Gesangsvereine, die zum „Badener Heimattag“ erschienen sind, zu einem Sängerkommers eingeladen. Das Festbankett, an dem insbesondere auch zwei amerikanische Gesangsvereine und die Saarfänger teilnehmen, findet im kleinen Festhallaal statt.

Frankreich und der „Badener Heimattag“

Der im Jahre 1844 gegründete Deutsche Hilfsverein in Paris hat dieser Tage an die Geschäftsstelle des „Badener Heimattages“ ein Sympathieschreiben geschickt, worin die besten Wünsche für das Gelingen des Heimattages übermittelt werden und die Hoffnung Ausdruck findet, daß das Welttreffen der Badener auch dem schönen Badenland neue Freunde in reichlicher Anzahl zuführen werde.

Woher kommen die badischen Trachten zum „Badener Heimattag“?

Mit besonderer Vorliebe hat die Karlsruher Bevölkerung von jeher die schönen badischen Trachten aufgenommen und sie bei Heimatveranstaltungen gerne gesehen und herzlich begrüßt. Wenn dies in früheren Jahren geschehen ist, so wird es erst recht beim „Badener Heimattag“ der Fall sein, wo wir aus allen Teilen des Badenlandes, aus dem Hochschwarzwald, aus der Seegegend, dem Markgräflerland, dem Kinzigtal und den umliegenden Tälern, dem Gauverland, dem Frankenthal und dem Odenwald Trachtenbringer erwarten dürfen. Zum ersten Male werden auch die Breisgauer Trachten, die neu zum Leben erweckt worden sind und noch nie in Karlsruhe waren, hier erscheinen. Zusammen mit den bunten und historischen Uniformen der Bürgerwehren und Mägen sowie Schützengilden werden die Trachten in hohem Maße dazu beitragen, das Stadt- und Straßenbild zu beleben und zu verschönern, ebenso die Veranstaltungen im Stadtpark und in der Festhalle.

Trachtenbesuch aus Bromberg (Polen)

Aus Anlaß des Welttreffens der Badener werden aus der früher deutschen Stadt Bromberg (Polen) etwa 20 Trachtenmädchen nach Karlsruhe kommen, bekleidet mit der schmucken ostpreussischen Landesracht.

Studentenschaft gegen die Kriegsschuldlüge

Wie an allen deutschen Hochschulen versammelten sich auch in Karlsruhe dieses Jahr Rektor, Dozenten und Studenten der Technischen Hochschule Friedrichsplatz am Montag, den 7. Juli, in der Aula, um gegen die Kriegsschuldlüge Protest zu erheben. Durch die Vorkommnisse der letzten Wochen sah sich die Studentenschaft genötigt, gleichzeitig auch gegen die Behandlung der Minderheiten in Südslawien energisch Verwahrung einzulegen.

Nach Eröffnung der Kundgebung durch den 1. Vorsitzenden der Karlsruher Studentenschaft, cand. mach. H. Astevold, ergriff Prof. Dr. Th. Böhm das Wort, um in eindringlichen Worten die Behandlung der Minderheiten in den deutschen Randstaaten, insbesondere in Südslawien, als eine Kulturfrage zu bezeichnen, die das ganze deutsche Volk zum Protest aufrufen müsse. Wenn auch Verträge bestehen, die den nationalen Minderheiten Recht und Schutz gegen Unterdrückung geben sollen, so hat doch die Erfahrung gelehrt, wie wenig diese Verträge beachtet werden und vor allem, wie wenig tatkräftig sich der Völkerverbund als höchste Berufungsinanz für die Rechte der Minderheiten einsetzt. Gerade vor einigen Wochen wurden die Augen der ganzen Welt wieder auf diese unglaublichen Zustände gerichtet, als die Serben eine Vorkämpferin der deutschen Minderheiten in Südslawien, die Schriftstellerin Frau Hilde Reiter, gräßlich mißhandelten.

Zum Schluß ergriff cand. mach. Astevold nochmals das Wort und bezeichnete den Versailler Vertrag, der ja auf der Kriegsschuldlüge aufgebaut ist, als den eigentlichen Urheber der Not, in der die deutschen Minderheiten im Grenzland leben.

Die Versammlung nahm darauf einstimmig folgende Entschließung an: „Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Karlsruhe erhebt, zusammen mit allen Kreisen des deutschen Volkes, schärfsten Protest gegen die den deutschen Volksgenossen in Südslawien zuteil gewordene Behandlung, insbesondere gegen die unglaublichen Brutalitäten, denen die deutsche Dichterin Hilde Reiter als Vorkämpferin für die Erhaltung des deutschen Volkstums in Südslawien ausgesetzt worden ist. Sie fordert, daß die südslawischen Behörden die Urheber dieser Schandbarkeiten mit aller Strenge bestrafen, daß für diese Verleumdung des gesamten deutschen Volkstums in entsprechender Weise Genugtuung geschieht, und daß in Zukunft als Wiedergutmachung für diese Ereignisse den Deutschen in Südslawien alle ihnen als nationaler Minderheit zustehenden Freiheitsrechte in vollem Umfang eingeräumt werden.“

K. B.

Straßenbenennungen. Die auf dem ehemaligen Gottesacker Exerzierplatz, der in Balde überbaut wird, neu anzulegenden Straßen erhalten folgende Bezeichnungen: Der dem Baulock gegen die Durlacher Allee vorgelagerte Platz „Gottesauer Platz“; die westliche Straße „Bunte-Straße“ (Sofrat Dr. Hans Bunte, Professor der Chemie an der Technischen Hochschule, ehemaliger langjähriger Berater der Stadt auf dem Gebiete der Gaserzeugung); die Straße mit Innenbebauung „August-Schwall-Straße“ (Reichsbahnoberinspektor a. D. Aug. Schwall, Mitgründer und derzeitiger langjähriger Vorstand des Mieter- und Bauvereins, welcher den Platz in großzügiger Weise zu bebauen im Begriffe steht). Die Straßenbrücke und Straßenbahnüberführung über die Alb im Zuge der Durlacher Straße in der Nähe der Juppelin- und Ederbrücke erhält nach dem Chefkonstrukteur der Juppelinbrücke, Direktor Dr. Ludwig Dürr, den Namen „Ludwig-Dürr-Brücke“. Die Straße hinter der ehemaligen Grenadierkaserne und dem Landesfinanzamt, die heute „Freydorffstraße“ heißt, erhält wieder die frühere Bezeichnung „Grenadierstraße“. Die Damajochstraße — Straße zwischen Mottestraße und Grenadierstraße — wird in „Freydorffstraße“ rückbenannt. Die Damajochstraße beginnt also künftig an der Grenadierstraße.

Tätigkeit der Verwaltungspolizei. Im Juni wurden 655 Kannen Milch geprüft und 176 Proben untersucht. Davon mußten 2 als gewässert, 3 als fettarm und 6 als schmutzig beanstandet werden. Die Beanstandungen fallen wie immer den Produzenten zur Last. — Von sonstigen Nahrungs- und Genussmittelpöben waren zu beanstanden: Margarine, Käse, Wurst, Milchbrötchen, Reis, Erbsen und Speiseeis. 176 Speiseeisbehälter wurden kontrolliert. In 56 Fällen mußte gegen diese Personen eingeschritten werden. Außerdem ergriffen sich die Kontrolle auf 52 Lebensmittelgeschäfte, von denen 19 wegen mangelhafter Reinlichkeit beanstandet werden mußten. — Gegen 37 Gewerbetreibende mußte wegen aller möglichen Vergehen und Übertretungen von gewerblichen Vorschriften strafend eingeschritten werden, darunter in 3 Fällen gegen Darlehensinstitute wegen Betrugs.

Zwei gute Fänge der Fahndungspolizei. Am Montag früh stellte die Fahndungspolizei anläßlich einer Fremdenkontrolle in einem Durlacher Gasthaus fest, daß sich dort ein gewisser Freyding aus Hohenheim unter dem Namen Josef Koch, Pforten aus Bonn, eingemietet hatte. Freyding führte 200 M bei sich; bei der Durchsicherung des von ihm benutzten Bettes wurden weitere 1100 M, in eine Zeitung aus Solingen eingepackt, vorgefunden. Die weitere Behandlung des Falles ergab, daß Freyding am 30. Juni d. J. seinem früheren Arbeitgeber in Remscheid-Lennep den Betrag von 3000 M entwendet hat. Das fehlende Geld hatte er mit einer Dirne aus Köln sowie zu Autofahrten verausgabt. Freyding wurde mit 2 Begleitpersonen festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Die Begleiter konnten wieder entlassen werden. Am 7. und 8. Juli gingen bei der Fahndungspolizei Juntsprüche ein, wonach die ledige 23 Jahre alte Büroangestellte Elfriede Elbert aus Berlin dort zusammen mit der 21 Jahre alten Drogistin Elise Michalski nach Begehung eines größeren Geldbetrugs flüchtig gegangen sei. Die Täterin und ihre Komplizin wurden am Dienstag früh in einem Hotel hier festgenommen, wo sie sich unter einem falschen Namen eingetragen hatten. Bei der Durchsicherung des Zimmers und des Gepäcks der beiden konnten von den entwendeten 16 700 Reichsmark noch 15 706 M aufgefunden und beschlagnahmt werden. Von den fehlenden 1000 M hatte sich die Elbert neu eingeleidet, den Rest hatte sie mit der Michalski verbuddelt. Wie die Kriminalpolizei in Berlin mittelt, wurde dort noch inzwischen noch eine dritte Frauensperson unter dem Verdacht der Mittäterschaft festgenommen.

Sommeroperette im Stadt. Konzerthaus. Mit der Premiere „Die goldne Meisterin“ von Julius Brammer und Alfred Grünwald, Musik von Edmund Eysler, eröffnet am 15. Juli d. J. die Sommeroperette im Stadt. Konzerthaus ihre diesjährige Spielzeit. Der Vorverkauf für Eintrittskarten beginnt bereits ab Montag, den 7. Juli, und zwar in folgenden Verkaufsstellen: Musikalienhandlung Müller, Kaiserstr. 48; Zigarrenhaus Maier, Ludwig-Wilhelm-Straße 20; Weststadtbuchhandlung Rüberath, Gabelsbergerstr. 1. Ferner an der Kasse des Stadt. Konzerthaus von täglich 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte, Karlsruhe. Die Zufuhr der maritimen Luft dauert an, da das Druckbild über Mitteleuropa keine wesentliche Umgestaltung erfahren hat. Die bestehende Witterung wird fort dauern. — Voraussage: Fortdauer der mäßig warmen Witterung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. Juli		8. Juli	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.40	168.74	168.46	168.80
Kopenhagen 100 Kr.	112.21	112.43	112.24	112.45
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.375	20.415	20.376	20.416
New York . . . 1 D.	4.188	4.196	4.1885	4.1965
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.450	16.46	16.450
Schweiz . . . 100 Fr.	81.33	81.49	81.325	81.485
Wien 100 Schilling	59.155	59.275	59.16	59.28
Prag . . . 100 Kr.	12.429	12.449	12.429	12.449

Der Privatdiskont ist für beide Sichten um je ein Viertel auf 3/4 erniedrigt worden.

Mannheimer Hafenverkehr im Juni 1930

Der Wasserstand war während des Berichtsmontats so günstig, daß mit voller Abladung bis Rehl/Strasbourg gefahren werden konnte.

Der Gesamtumschlag betrug 403 429 Tonnen, gegenüber dem Vormonat weniger 88 798 Tonnen (im Vorjahr 512 117 Tonnen). An dem Rückgang des Umschlages sind sämtliche Güter, mit Ausnahme von Holz, Weizen, Öle und Fette beteiligt. Der Rückgang in der Anfuhr von Steinkohlen beträgt gegenüber dem Vormonat 50 882 Tonnen und gegenüber dem Vorjahr 51 053 Tonnen.

Es kamen auf dem Rhein 185 Güterboote und 541 Schleppkähne an, die 322 689 Tonnen Güter löschten. Abgegangen sind 181 Güterboote und 512 Schleppkähne mit 65 775 Tonnen Güter. An dem Verkehr auf dem Neckar nahmen bei der Anfuhr 1 Güterboot und 106 Schleppkähne mit 15 921 Tonnen Güter und beim Abgang 118 Schleppkähne mit 9044 Tonnen Güter teil.

Auf den Handelskähnen entfallen in Anfuhr 168 061 Tonnen, in Abgang 29 298 Tonnen.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigster Berechnung
Große Auswahl

